

Januar 2026

EDU

aktuell

**LIEBE MITGLIEDER
UND FREUNDE
DER EDU**

EIN VOLK BRAUCHT WEISE MENSCHEN

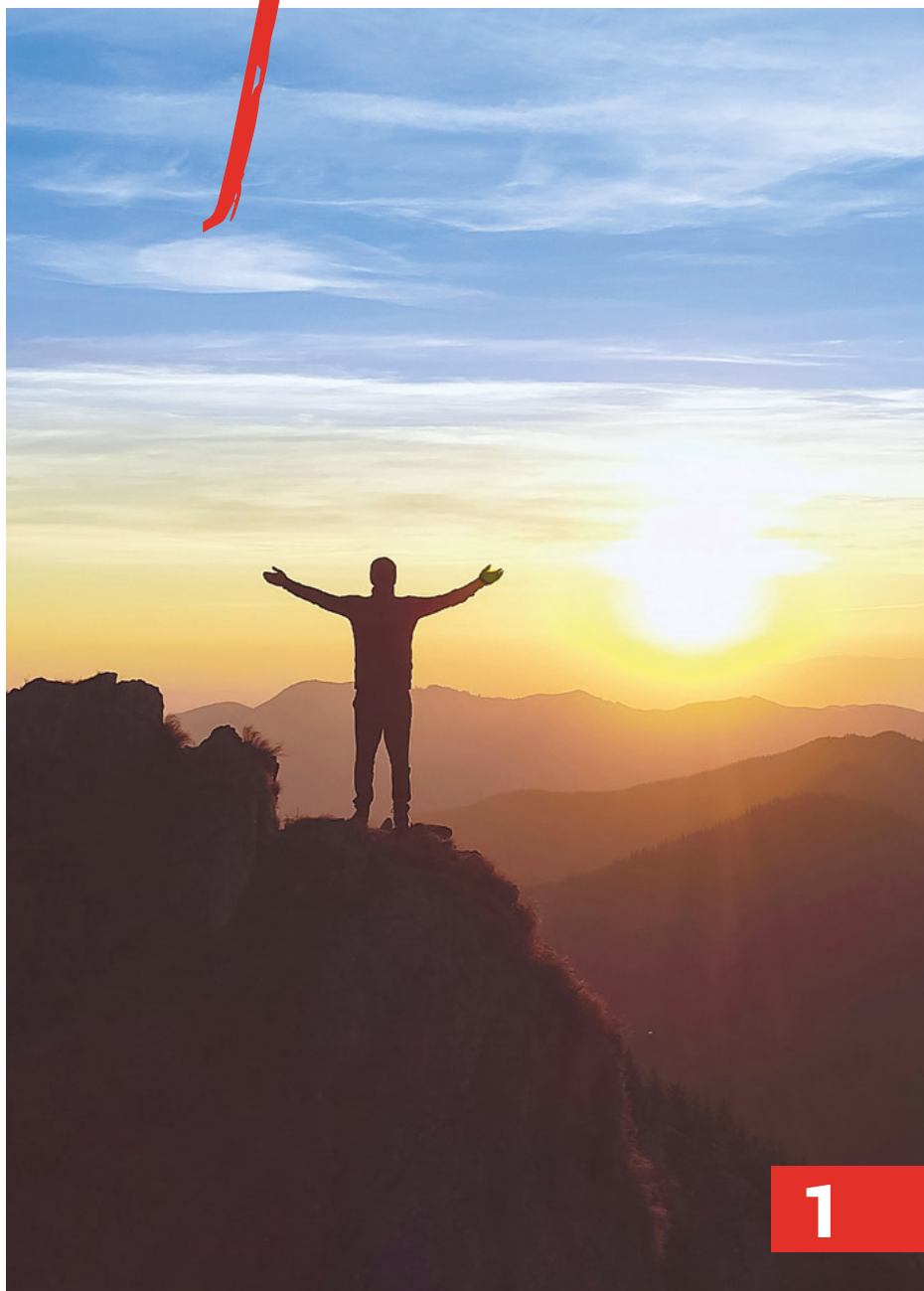
2 Wenn es viele Menschen gibt, die Gott gehorchen, dann freut sich ein Volk. Wenn aber ein gottloser Herrscher regiert, dann kann es nur noch stöhnen. 4 Wenn ein König das Recht beachtet, lebt sein Volk in Sicherheit und Frieden; doch wenn er immer neue Steuern aus ihnen herauspresst, richtet er das Land zugrunde. 18 Ohne Gottes Weisung verwildert ein Volk; doch es blüht auf, wenn es Gottes Gesetz befolgt!

Sprüche 29:2, 4, 18

Ich bin immer wieder überwältigt, mit welcher Einfachheit und Klarheit die Bibel die wichtigsten Grundsätze für ein funktionierendes Zusammenleben auf den Punkt bringt. Es wäre einfach, danach zu leben! Wenn wir das aktuelle Weltgeschehen betrachten, gibt es zum Glück immer noch funktionierende Staaten, es gibt aber auch sehr viele Beispiele, bei denen die oben beschriebenen katastrophalen Folgen eintreffen.

Ich wünsche Ihnen viel Weisheit und Gottvertrauen.

Herzlichst euer Parteipräsident
Christian Mader



BARGELD IST FREIHEIT

Marcel Wittwer, Kantonsrat EDU informiert über die Volksinitiative.

In der Schweiz bezahlen die Menschen vermehrt bargeldlos, zum Beispiel mit Debit- und Kreditkarten oder Bezahl-Apps. Dennoch möchten die meisten Menschen, dass Bargeld als Zahlungsmittel erhalten bleibt, unabhängig von Strom, Netz und Konzerninteressen, anonym und krisensicher.

Heute regelt das Gesetz, dass die Schweizerische Nationalbank die Bargeldversorgung gewährleistet und dass der Franken die schweizerische Währung ist. Die Initiative will die Verfügbarkeit des Bargelds und den Franken als schweize-

rische Währung neu in der Verfassung verankern. Hierfür will sie den Bund dazu verpflichten, sicherzustellen, dass Münzen oder Banknoten immer in genügender Menge zur Verfügung stehen.

Während die Initiative neue Formulierungen vorsieht, übernimmt der Gegenentwurf den Wortlaut bestehender Gesetzesbestimmungen weitgehend unverändert. So steht im Gegenentwurf, dass wie bisher die SNB die Bargeldversorgung gewährleistet. Die Initiative nennt neu den Bund.

Weder die Volksinitiative noch der Gegenentwurf haben praktische Auswirkungen. Es entstehen keine

neuen Aufgaben und keine zusätzlichen Kosten. Mit der Verankerung in der Verfassung stellen beide Vorlagen sicher, dass die Bestimmungen über die Bargeldversorgung und die schweizerische Währung nur durch eine Volksabstimmung mit Volks- und Ständemehr geändert werden können.

EIDGENÖSSISCHE VORLAGE

JA-PAROLE

33 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen



Von oben nach unten:

Marcel Wittwer, Manuel Strupler,
Philipp Gemperle

SRG-INITIATIVE

Nationalrat Manuel Strupler (SVP) votierte für die Vorlage mit folgenden Kernargumenten:

KMU entlasten: Keine Doppelbelastung mehr! Unternehmen mit grossem Umsatz müssen bis zu 50 000 Fr. Gebühren zahlen – egal, ob sie Gewinn machen oder nicht. Zurück zum Service Public: Die SRG hat durch steigende Gebühreneinnahmen ihre Tätigkeiten weit über den Service Public ihrer Konzession ausgedehnt. Sie operiert ausserhalb ihres eigentlichen Auftrags mit zahlreichen Online-Portalen und Social-Media-Plattformen und konkurrenziert so mit Gebühren die private Wirtschaft. Die Initiative betrifft ausschliesslich die SRG. Nicht von der Initiative betroffen sind Lokalradios und Regionalfernsehen, die Gelder aus der Radio- und Fernsehgebühr erhalten.

Dagen hielt Philipp Gemperle, Vizepräsident der FDP Thurgau:

Schweiz zuerst – auch bei den Medien, so sein Slogan. Die SRG-Initiative sei zerstörerisch und halbiere die Informationshoheit. Die SRG könne den Service Public nicht mehr in allen Sprachregionen sicherstellen. Bei Annahme der Initiative müsste die SRG ihre Programme deutlich reduzieren und Sendungen streichen. Insbesondere würde es weniger Berichterstattung aus den Regionen geben. Bereits heute müsse die SRG 17 % sparen, mit der SRG-Initiative werden es 50 % sein. Reformieren ja – zerstören nein, so ihr Appell. Das Publikum müsste auf viele Radio- und Fernsehangebote wie Unterhaltungssendungen und Sportprogramme verzichten.

EIDGENÖSSISCHE VORLAGE

JA-PAROLE

30 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

KLIMAFONDS-INITIATIVE

Thurgauer Volksinitiative

Die Thurgauer Volksinitiative «**Mehr Transparenz bei Wahlen im Thurgau**» (Doppelproporz nach Pukelsheim) braucht noch dringend Ihre Unterstützung.

Bitte helfen Sie mit, Unterschriften zu sammeln und senden Sie die vollen oder teilweise ausgefüllten Unterschriftenbögen bis am **11.02.2026** ein.

Herzlichen Dank!

<https://transparente-wahlen-tg.ch/>



Andreas Sigrist, Kantonsrat EDU informiert über die Volksinitiative.

Die Befürworter erinnern daran, dass die Schweiz 2023 entschieden habe, klimaneutral zu werden. Bei dieser Initiative gehe es nun um dazugehörige, langfristige Investitionen. Dafür ist die Errichtung eines Klimafonds das richtige Instrument. Der Fonds soll mit jährlichen Einlagen in der Höhe von 0,5 bis 1 % der Schweizer Wirtschaftsleistung gespiesen werden. Dies entspricht ungefähr vier bis acht Milliarden Franken. Dies könne ohne neue Steuern und Abgaben finanziert werden. Die Schweiz bezahlt jährlich rund acht Milliarden Franken für den Energieimport. Mit einem Ja zur Klimafonds-Initiative investieren wir diese Milliarden in der Schweiz.

Die Gegner sagen: Der Klimaschuldenfonds gefährde die finanzielle Stabilität der Schweiz. Er sei ein perfider Angriff auf die Schuldenbremse und führe in kürzester Zeit zu hoher Neuverschuldung. Dem Bund stehen jährlich rund zwei Milliarden Franken für den Klimaschutz zur Verfügung. Er setzt auf einen ausgewogenen Mix aus bewährten Instrumenten wie Lenkungsinstrumente und Vorgaben. Damit schafft er bei der Bevölkerung und den Unternehmen gezielt Anreize.

EIDGENÖSSISCHE VORLAGE

NEIN-PAROLE

0 Ja-Stimmen
34 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

BUNDESGESETZ ÜBER DIE INDIVIDUALBESTEUERUNG

Kantonsrat Thomas Leu, FDP setzt sich für die Vorlage ein.

Das Gesetz über die Individualbesteuerung sorgt dafür, dass Verheiratete und Unverheiratete steuerlich gleichbehandelt werden. Damit schafft es die Heiratsstrafe und den Heiratsbonus bei den Steuern ab.

Zudem stärkt es die finanzielle Unabhängigkeit von Frau und Mann, indem es steuerliche Hürden für die Erwerbstätigkeit abbaut.

Damit Paare mit Kindern und Alleinerziehende nicht zu stark belastet werden, wird der Kinderabzug bei der direkten Bundessteuer erhöht.

Nationalrat Manuel Strupler (SVP) hielt das Kontra-Referat.

Die Individualbesteuerung sei aus mehreren Gründen klar abzulehnen: Sie stelle ein Bürokratiemonster dar, greife die Familie und den Föderalismus an, sei ein finanzielles Abenteuer und letztlich die falsche Lösung. Familien, die ihre Kinder selbst betreuen, dürften nicht vom Staat dafür bestraft werden. Ehepaare mit nur einem Einkommen würden stärker belastet, gutverdienende Doppelverdienerpaare profitierten. Nicht nur der Aufwand für Ehepaare steigt: Gesamtschweizerisch sind ca. 1,7 Millionen zusätzliche Steuererklärungen durch die Verwaltung zu verarbeiten. Die Folgen sind ein massiver Stellenaufbau und hohe Mehrkosten bei Kantonen und Gemeinden.



Bild oben: Andreas Sigrist



Bild unten: Manuel Strupler und Thomas Leu mit Präsident Christian Mader

EIDGENÖSSISCHE VORLAGE

NEIN-PAROLE

0 Ja-Stimmen
34 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

AUS DEN **BEZIRKEN**

Bezirk Frauenfeld

EDU Frauenfeld:
Guggisberg übernimmt für Mader

Matthias Guggisberg hat per 01.01.2026 das Gemeinderatmandat der EDU im Stadtparlament Frauenfeld von Christian Mader übernommen.

Die EDU Frauenfeld wünscht ihrem neuen Gemeinderat alles Gute und ein schnelles Einleben im Parlamentsbetrieb.

Matthias Guggisberg wird weiterhin in der SVP/EDU-Fraktion Einsitz nehmen.

Christian Mader war während mehr als 18 Jahren Mitglied des Frauenfelder Gemeinderates, die letzten 5 ½ Jahre als Fraktionspräsident der SVP/EDU-Fraktion. Er wird sich künftig um die Öffentlichkeitsarbeit der EDU Frauenfeld kümmern und sein Kantonsratsmandat sowie das Parteipräsidium der EDU Thurgau mit vollem Engagement ausüben.

Bezirk Münchwilen

Herzliche Einladung zum EDU-Treff

Jeden zweiten Freitag im Monat, 19.30 Uhr im Restaurant Post, Bahnhofstrasse 7, Eschlikon

Nächste Termine: 13. Februar MV / 13. März / 10. April


VERNEHMLASSUNGEN

www.vernehmlassungen.tg.ch



Laufende Vernehmlassungen

Die Unterlagen werden zum Vernehmlassungsstart jeweils per E-Mail verschickt. Der Adressatenkreis wird vom Departement bestimmt.

DATUM	VERNEHMLASSUNG	DEPARTEMENT	FRIST
16.1.2026	Teilrevision PBV (Meldeverfahren) 	DBU	15.05.2026



Christian Mader, Präsident



Marcel Wittwer, Vizepräsident

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union
Union Démocratique Fédérale
Unione Democratica Federale

EDU Kanton Thurgau

Obere Weinackerstrasse 56
8500 Frauenfeld

079 343 01 29
tg@edu-schweiz.ch
www.edu-tg.ch

IBAN: CH81 8080 8001 3732 7246 0